

Brücken bauen für die Sustainable Development Goals

Ideen und Handlungsempfehlungen für bürgerschaftliches Engagement



Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien
und -szenarien, Ressourcenschonung

Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt

Autor*innen:

Liska Beulshausen, Dr. Jana Rückert-John
ISInova, Institut für Sozialinnovation gUG

Serge Embacher, Dominik Schlotter, Anne-Kathrin Gräfe
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Martina Löw
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Redaktion:

Dorothee Arenhövel, Fachgebiet I 1.1, Umweltbundesamt
Dr. Angelika Gellrich, Fachgebiet I 1.4, Umweltbundesamt
Dr. Korinna Schack, Referat G I 1,
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Satz und Layout:

Selbach Design, Lohmar

Publikationen als pdf:

www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:

Deckblatt: stock.adobe.com
Seite 5: ISInova, Institut für Sozialinnovation gUG
Seite 7: Regine Moll, Fotografie
Seite 9: stock.adobe.com
Seite 11: stock.adobe.com
Seite 13: stock.adobe.com/Rawpixel Ltd.
Seite 15: Dagmar Kusche, Fotografie
Seite 17: stock.adobe.com
Seite 19: stock.adobe.com
Seite 21: stock.adobe.com
Seite 23: stock.adobe.com
Seite 25: stock.adobe.com
Seite 27: ISInova, Institut für Sozialinnovation gUG
Seite 29: stock.adobe.com
Seite 31: stock.adobe.com
Seite 32: stock.adobe.com
Seite 34: Dagmar Kusche, Fotografie

Stand: März 2023

1. Auflage
250 Exemplare

ISSN 2363-8311 [Print]
ISSN 2363-832X [Online]

Brücken bauen für die Sustainable Development Goals

**Ideen und Handlungsempfehlungen für
bürgerschaftliches Engagement**



Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung: Gesellschaftliche Transformation und bürgerschaftliches Engagement	5
2 Beispiele für die Umsetzung der SDG im bürgerschaftlichen Engagement	8
2.1 Lebensqualität steigern und Bedürfnisse befriedigen.....	8
2.2 Flächen, Räume und Ressourcen gemeinsam nutzen	10
2.3 Gesellschaftliche Vielfalt als Stärke nutzen.....	12
2.4 Gerechtigkeit stärken, Ungleichheit verringern	14
2.5 Intermediäre Strukturen für den Aufbau neuer Kooperationen nutzen	16
2.6 Demokratische Mitbestimmung stärken.....	18
2.7 Sozial-ökologische Netzwerke bilden	20
2.8 Neue Kompetenzbereiche für einen sozial-ökologischen Wandel erschließen	23
2.9 Starke Institutionen für die sozial-ökologische Transformation	25
3 Handlungsempfehlungen für den weiteren Aufbau von Kooperationen zur Umsetzung der SDG	27
3.1 Handlungsempfehlungen für Engagierte.....	29
3.2 Handlungsempfehlungen für Wissenschaftler*innen.....	31
3.3 Handlungsempfehlungen für politische und staatliche Akteure.....	32

1 Einleitung: Gesellschaftliche Transformation und bürgerschaftliches Engagement



Die gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit kann nur dann gelingen, wenn sich alle relevanten Akteursgruppen beteiligen und den gesellschaftlichen Lern- und Suchprozess aktiv mitgestalten. Sie muss daher „bottom up“ als kooperativer und partizipativer Prozess gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gestaltet werden. Einen Orientierungsrahmen für den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel geben die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vor. In diesen Zielen werden die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte berücksichtigt, an denen die internationale Staatengemeinschaft ihre Beschlüsse und ihr Handeln ausrichten soll. Durch die Erreichung der Ziele können einerseits weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und andererseits die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden. Aber nicht nur die Politik ist bei der Verfolgung der Ziele gefragt, auch die Zivilgesellschaft kann einen wertvollen Beitrag leisten.

Mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement tragen viele Engagierte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bereits heute zu einer sozial-ökologi-

schen Transformation bei. Zahlreiche Initiativen organisieren Aktivitäten, mit denen sie Lösungen zu sozial-ökologischen Problemen entwickeln und neue Formen des gemeinschaftlichen, gemeinwohlorientierten Zusammenlebens und Arbeitens erproben. Bürgerschaftliches Engagement wird hier als ein breites Spektrum verschiedener Aktivitäten und Organisationsformen in der Zivilgesellschaft verstanden, wie zum Beispiel das Engagement in Vereinen, Verbänden, Stiftungen oder Bürgerinitiativen.

Die Broschüre zeigt im ersten Teil die verschiedenen Facetten und die Vielfalt des Engagements auf und beschreibt, wie im alltäglichen Handeln ein Beitrag zur Erreichung der SDG geleistet wird – teilweise sogar, ohne dies explizit zu bezwecken. Vereine, Verbände, Stiftungen oder Bürgerinitiativen reagieren auf Herausforderungen in ihrem Umfeld oder setzen sich mit Problemen auseinander, die im Rahmen ihres Engagements auftreten. Dass damit auch politische Ziele im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung erfüllt werden, wird manchmal gar nicht wahrgenommen. Dabei sind gerade diese Beiträge wertvoll und können als Inspiration für Engagierte in anderen gesellschaftlichen Bereichen dienen. Daher werden

in der Broschüre Initiativen und Projekte des bürgerschaftlichen Engagements vorgestellt und ihr Beitrag zu den SDG sichtbar gemacht. Im zweiten Teil der Broschüre werden Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaftliche Initiativen, Wissenschaft und Staat formuliert und dahin gehend unterbreitet, wie sie das Engagement bei der Ausgestaltung von Kooperationen im Sinne der SDG unterstützen können.

Die Broschüre richtet sich an Personen aus bürgerschaftlichen Initiativen und an Wissenschaftler*innen und Politiker*innen. Im Fokus stehen insbesondere die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements. Die Broschüre zeigt die Potenziale dieses Engagements für einen sozial-ökologischen Wandel im Sinne der SDG auf und will damit „Brücken bauen“ zwischen sozial- und umweltpolitisch motivierten Nachhaltigkeitsinitiativen, Aktivitäten und Organisationen. Neben weiterführenden Informationen zu ausgewählten spezifischen SDG werden im ersten Teil der Broschüre Informationen zu zentralen Begriffen des bürgerschaftlichen Engagements und aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen rund um das Thema Engagement vermittelt. Ebenfalls werden Anlaufstellen und Webseiten genannt, die Engagierte in den unterschiedlichen Themenfeldern unterstützen können. Bei der Erstellung der Broschüre wurden Bedarfe und Feedback von Engagierten des bürgerschaftlichen Engagements aufgenommen.

Zivilgesellschaftliche Initiativen sind in ein Netz mit anderen Akteuren eingebunden. Insbesondere im Austausch können Potenziale ausgeschöpft und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Deshalb werden in der Broschüre unter anderem verschiedene zivilgesellschaftliche Netzwerk- und Kooperationsbeziehungen betrachtet. Sie demonstrieren, wie Akteure voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen und so erfolgreich den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben können.

Die Broschüre entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Umsetzung der Sustainable Development Goals als Chance und Herausforderung für das Bürgerschaftliche Engagement – Lernprozesse in Organisationen durch Kooperationen zwischen Organisationen verschiedener Engagementbereiche“. Hierbei ging es um die Antwort auf die Frage, wie Kooperationsbeziehungen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen erfolgreich aufgebaut

werden und wie die SDG dabei als eine gemeinsame Grundlage dienen können. Das transdisziplinäre Projekt wurde vom Institut für Sozialinnovation gUG (ISInova), dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) durchgeführt. Gefördert wurde es im Zeitraum von Oktober 2020 bis März 2023 vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).¹

Ziel des Projekts war es, Kooperationen zwischen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erproben und die Lernprozesse zu analysieren. Dabei sollte herausgefunden werden, welche Chancen und Möglichkeiten solche Kooperationen bieten, aber auch, an welche Barrieren und Grenzen sie stoßen. Es wurde untersucht, welche transformativen Lernprozesse aus den Kooperationen resultieren und wie Organisationen beim Aufbau von Kooperationen und der Durchführung von Kooperationsprojekten unterstützt werden können.

Da transformative Lernprozesse nicht direkt gesteuert werden können, sondern durch problem- und handlungsorientiertes Lernen in gesellschaftlichen Gestaltungsräumen, also im direkten Tun, befördert werden, wurde im Projekt eine Praxisphase eingeplant. Drei Initiativen sind Kooperationen mit Partner*innen aus jeweils anderen Engagementbereichen eingegangen und haben in einer einjährigen Experimentierphase gemeinsam jeweils ein Modellprojekt konzipiert und realisiert.

Die drei Modellprojekte waren in unterschiedlichen Regionen Deutschlands verortet. Sie unterschieden sich zudem hinsichtlich ihrer Engagementkontexte und Organisationsformen.

Um das Akteursfeld zu öffnen und die Vielfalt des Engagements aufzuzeigen, werden in der Broschüre neben den drei Modellprojekten weitere Initiativen vorgestellt. Diese Beispiele entstammen dem Projekt „Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements für ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft“, das ebenfalls vom Institut für Sozialinnovation im Zeitraum von 2016 bis 2019 durchgeführt und vom Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium beauftragt wurde.

¹ Die Fördermittelgeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der in der Broschüre dargelegten Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Die **Initiative fairEInt** aus Eichstätt in Oberbayern ist ein Netzwerk von unterschiedlichen Gruppierungen, Vereinen und Privatpersonen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. In dem einjährigen Modellprojekt entwickelte die Initiative ein Konzept für eine ökologisch genutzte Fläche, das anschließend vor Ort umgesetzt wurde. Der neu entstandene „Eichstätter Obstwald“ besteht aus heimischen, klimaresistenten Arten und wird von unterschiedlichen Initiativen und Personen Eichstätts genutzt und bewirtschaftet. Jedem Baum ist eine Patenschaft zugeordnet, die von einer Eichstätter Initiative übernommen wurde. Neben Schildern, die über die Baumsorte und die Patenschaft informieren, gibt es in einem „grünen Klassenzimmer“ die Möglichkeit für Unterrichtsstunden im Freien oder kleine Veranstaltungen. Der Obstwald bietet so einen Ort zur Vernetzung und Begegnung unterschiedlicher Akteure und Personen.

<https://faireint-eichstaett.de>

Die **Freiwilligenagentur Lilienthal e.V. (FAL)** hat in dem einjährigen Modellprojekt ein Konzept für einen nachhaltigen Begegnungsort für Lilienthal, eine an Bremen angrenzende Gemeinde in Niedersachsen, entwickelt. Zum Ende des Modellprojektjahres ist ein passendes Haus gefunden worden und das Büro der FAL konnte in die neuen Räumlichkeiten umziehen. Neben den Büroräumen stehen ein großer Veranstaltungsraum, ein Seminarraum und ein Familienzimmer zur Verfügung. Das Haus wird von einer Kirchengemeinde verwaltet und genutzt. In Kooperation mit der FAL werden die Räumlichkeiten in den Zeiten, in denen sie leer stehen, unterschiedlichen Initiativen zur Verfügung gestellt. Durch die gemeinsame Nutzung der Räume werden die Vernetzungen und der Austausch gefördert. So wird die Vielfalt der Initiativen aufgezeigt und es können Synergien entstehen. Außerdem wird so dem Raummangel für bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde entgegengewirkt.

<https://www.freiwilligenagentur-lilienthal.de>

Die **Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ)** liegt direkt an der deutsch-polnischen Grenze zwischen Görlitz und Zittau und bietet ein breites Angebot an Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen. Das IBZ entwickelte in dem einjährigen Modellprojekt die Initiative „Biodiversität sozial denken“, in der Partnerschaften zwischen Akteuren aus dem sozialen und ökologischen Engagement geschmiedet wurden. Ziel war es, Umweltbildungsangebote für benachteiligte Zielgruppen, die von bisherigen Angeboten nicht erreicht wurden, zu entwickeln. Dafür plante das IBZ, ein Netzwerk mit Akteuren aus unterschiedlichen Engagementbereichen aufzubauen. Ein gemeinsames Auftakttreffen mit Engagierten fand bereits statt und stieß auf großes Interesse. Ebenfalls wurden Angebote zum Thema „Biodiversität auf der Wiese“ mit einer Wohngruppe von Menschen mit Behinderungen durchgeführt.

<https://www.ibz-marienthal.de>

2 Beispiele für die Umsetzung der SDG im bürgerschaftlichen Engagement

2.1 Lebensqualität steigern und Bedürfnisse befriedigen

Nicht alle zivilgesellschaftlichen Initiativen sind rechtsförmig als Vereine organisiert. Manchmal schließen sich Personen auch nur kurzzeitig, beispielsweise im Rahmen von Bürgerinitiativen, zusammen, um gemeinsam ein ganz konkretes Alltagsproblem anzugehen. Mit dem nicht formalisierten Zusammenschluss der Engagierten sind Vorteile verbunden: Themen können bearbeitet werden, ohne dass ein großer bürokratischer Aufwand betrieben werden muss oder sich Personen für einen langen Zeitraum binden müssen. Gleichzeitig sind aber auch Nachteile zu verzeichnen: Fördermittel können nicht eingeworben und Versicherungen nicht abgeschlossen werden. Auch die Haftungsfragen sind ungewiss. Für zeitlich begrenzte Aktionen, die sich konkret an einem Thema orientieren, können nichtformalisierte Initiativen der geeignete Rahmen sein, um einen Beitrag zum sozial-ökologischen Wandel im direkten Umfeld zu leisten. Ebenfalls gibt es die Möglichkeit, sich in Form von Projekten an bereits bestehende Vereine oder Organisationen zu wenden und mit ihnen für die Zeit der Aktion eine Kooperation einzugehen.

Beispiel

In einer Kindertagesstätte fanden sich mehrere Eltern in einer Elterninitiative zusammen mit dem Ziel, Bio-Essen für die Kinder einzuführen. Damit sollten auch Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit in der Kita angeregt werden. Die Motivationen der Eltern waren vor allem gesundheitliche Aspekte, aber auch ökologische Themen, wie zum Beispiel die Vermeidung des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft. Aus zeitlichen und finanziellen Gründen konnten nicht alle Ideen der Elterninitiative durch den Träger der Einrichtung umgesetzt werden. Allerdings konnte ein „Minimalkonsens“ erreicht werden und in der Verpflegung wurde auf Bio-Fleisch und Bio-Eier umgestellt.

Die Eltern der Initiative reagierten auf ein Problem, das ihnen in ihrem direkten Umfeld begegnete. Zwar konnte die Initiative nicht alle Forderungen, wie gewünscht, erfüllen, sie leistete jedoch wertvolle Beiträge zum SDG 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ und zum SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“.



3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



Mit dem **SDG 3** verpflichtet sich die internationale Staatengemeinschaft dazu, allen Menschen jeden Alters ein gesundes Leben zu gewährleisten und ihr Wohlergehen zu fördern. Dies umfasst das Ziel, allen Menschen den Zugang zu guter medizinischer Versorgung, lebensrettenden Medikamenten, gesunder Ernährung, sauberem Wasser und guter Luft zu ermöglichen. Dafür sollen die Gesundheitssysteme gestärkt und die medizinische Forschung und die internationale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

Unterziele des SDG 3 sind unter anderem: die Beendigung der AIDS-, Tuberkulose- und Malariaepidemie; die Gewährleistung des Zugangs zu Medikamenten und Impfstoffen; die Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit; die Stärkung der Kapazitäten zur Frühwarnung und zum Management von globalen Gesundheitsrisiken; die Verringerung der Zahl der Erkrankungen durch Umweltbelastungen.

<https://17ziele.de/ziele/3.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/gesundheit-und-wohlergehen-150982>

Bürgerinitiative

Der Begriff Bürgerinitiative umschreibt spontane, meist zeitlich begrenzte, lockere Zusammenschlüsse einzelner Bürger*innen. Häufig bilden sich Bürgerinitiativen aus einem konkreten Anlass heraus, um außerhalb der etablierten Beteiligungsformen der repräsentativen Parteiendemokratie Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen und Anliegen öffentlich zu machen. Bürgerinitiativen, auch zivilgesellschaftliche Initiativen, können eine Vielfalt von Organisationsformen annehmen. Da sie sich meist auf ein bestimmtes Ereignis beziehen, lösen sie sich häufig nach erfolgreichem Abschluss oder Scheitern auf.

Nützliche Links und Anlaufstellen

Das Bundesumweltministerium (BMUV) stellt Leitlinien für eine gute Bürgerbeteiligung bereit:

<https://www.bmu.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung>

Der Informationsdienstleister Deutsches Ehrenamt berät Engagierte und stellt auf seiner Website allgemeine Informationen zum Ehrenamt bereit. In einer Broschüre werden Fragen rund um die Vereinsgründung behandelt:

https://deutsches-ehrenamt.de/app/uploads/2019/10/DE-Leitfaden_Gruendung.pdf

Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt stellt auf ihrer Webseite hilfreiche Informationen für die Förderung bereit.

<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/stiftung/>

Zum Weiterlesen

Verbraucherzentrale NRW (2018): Vereinsrecht und Ehrenamt. Das Handbuch für alle Ehrenamtler.

2.2 Flächen, Räume und Ressourcen gemeinsam nutzen

Sowohl für regelmäßige Treffen als auch für einmalige Aktionen benötigen zivilgesellschaftliche Initiativen Räume oder Flächen: Das Repair-Café braucht einen weitläufigen Raum, Gemeinschaftsgärten benötigen eine Fläche im Freien und für Mitgliederversammlungen brauchen Vereine häufig einen großen Saal, in dem alle Engagierten Platz finden. Insbesondere in Großstädten sind Räume und Flächen jedoch knapp. Initiativen stehen damit häufig vor dem Problem, dass sie für regelmäßige Treffen oder auch einmalige Events keinen geeigneten Ort finden oder diesen extra anmieten müssen, wofür insbesondere in der Gründungsphase häufig kein Geld zur Verfügung steht. Auch einen Raum zu unterhalten und für Strom, Wasser und Heizung aufzukommen, kann eine zu große finanzielle Belastung darstellen. Eine gute Lösung für dieses Problem kann darin bestehen, Räume und Flächen gemeinsam zu nutzen. So lassen sich die Kosten senken und zudem neue Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

Beispiel

In einer Kleinstadt gibt es viele unterschiedliche Initiativen und Vereine, die nur teilweise miteinander vernetzt sind. Die Räume, die zentral im Ortskern zur Verfügung stehen, sind häufig belegt und neue Initiativen haben Probleme, ein freies Zeitfenster zu finden. Außerdem fehlt ein Raum für größere Veranstaltungen. Gleichzeitig gibt es einen größeren Saal mit angrenzenden Büroräumen, der von einem kirchlichen Träger betrieben wird und der unter der Woche teilweise leer steht. In Absprache mit dem Träger entwickelte eine gut vernetzte Initiative ein Konzept für einen nachhaltigen Begegnungsort: So wurde ein Raum geschaffen, den zivilgesellschaftliche Initiativen nutzen und an dem sie sich begegnen und in den gemeinsamen Austausch kommen können. Das Thema Nachhaltigkeit wird gleichzeitig über angebotene Informationsmaterialien, die Raumgestaltung und das Angebot von ökologischem Kaffee vor Ort präsent gemacht.



Durch die gemeinschaftliche Nutzung von Räumen und Flächen wird nicht nur das Problem des Raummangels angegangen: Initiativen können die Räume auch dazu nutzen, um neue Lebensweisen und Praktiken, die für eine sozial-ökologische Transformation unerlässlich

sind, auszuprobieren. Sie können außerdem voneinander und durch die Bereitstellung von Bildungsmaterialien lernen. So trägt der Begegnungsort auch zum SDG 4 „Hochwertige Bildung“ bei.



Das **SDG 4** basiert auf einem breiten Bildungsverständnis und dem Prinzip des lebenslangen Lernens. Bildung ist ein Menschenrecht: Jedes Kind hat ein Recht auf Schulbildung und jeder Mensch ein Anrecht darauf, seine grundlegenden Lernbedürfnisse zu befriedigen. Mit dem SDG 4 wird eine hochwertige Bildung angestrebt, die inklusiv, chancengerecht und zugänglich für Menschen aller Altersstufen ist. Außerdem soll die Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt werden, die Menschen erkennen lässt, wie sie dazu beitragen können, Veränderungen anzustoßen.

Dafür wurden unter anderem folgende Unterziele entwickelt: kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarbildung für alle Mädchen und Jungen bis 2030; Beseitigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Bildung; alle Jugendlichen und ein erheblicher Teil der erwachsenen Analphabeten sollen das Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen; Vorantreiben von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung; Kinder-, behinderten- und geschlechtergerechte Bildungseinrichtungen.

<https://17ziele.de/ziele/4.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/bildung-weltweit-1004538>

Nützliche Links und Anlaufstellen

Ein Best-Practice-Beispiel für einen Ort, der von verschiedenen Initiativen genutzt wird, bildet der Bürgerbahnhof Plagwitz, der den gemeinwohlorientierten Initiativen von der Kommune für eine Pacht von null Euro überlassen wurde.

<https://buergerbahnhof-plagwitz.de/>

Commons

Als Commons werden gemeinsam genutzte Produkte und Ressourcen bezeichnet. Solche Produkte können zum Beispiel Räume sein, aber auch Software, Fahrräder oder Saatgut. Diese werden nicht von einer Person besessen, sondern das Besitzverhältnis wird unter allen Beteiligten aufgeteilt. Die Pflege und Nutzung geschehen im Prozess der Selbstorganisation und auf Grundlage von verabredeten Regeln. Dabei dominiert die Logik der Bedürfnisorientierung: Vor dem Hintergrund der Frage, was zum Leben nötig ist, wird hier gemeinwohlorientiert gehandelt.

Im ländlichen Raum können sogenannte Bürgerfonds dazu genutzt werden, um historische Gebäude zu erhalten und für gemeinwohlorientierte Initiativen zu nutzen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte und die Stiftung Trias ermöglichen gemeinwohlorientierten Initiativen die Sanierung und Nutzung von historischen Bauten.

<https://kommunen-innovativ.de/buergerfonds-fuer-fachwerkstaedte>

Das Netzwerk „Immovielien“ stellt Bildungs- und Vernetzungsformate für Akteure der Stadtteil- und Immobilienentwicklung bereit und setzt sich für eine am Gemeinwohl orientierte Immobilien- und Quartiersentwicklung ein.

<https://www.netzwerk-immovielien.de/ueber-uns/>

Zum Weiterlesen

Silke Helfrich & David Bollier (2019): *Frei, fair und lebendig – die Macht der Commons*. Transcript Verlag.

2.3 Gesellschaftliche Vielfalt als Stärke nutzen

Die kulturelle Vielfalt in der Bevölkerung in Deutschland wächst und damit auch die unterschiedlichen Kontexte und Kompetenzen. Diese Vielfalt kann von bürgerschaftlichen Initiativen genutzt werden. Allerdings existieren für einige Personengruppen Hürden, sich zu engagieren. Diese können in fehlender Zeit, aber auch in sprachlichen Barrieren oder Informationsdefiziten bestehen. Zivilgesellschaftliche Initiativen können hieran arbeiten und sich in ihrer Ansprache und ihrem Engagement an unterschiedliche Zielgruppen richten. Sozial-ökologisches Engagement sollte für alle zugänglich sein und die Teilhabe aller ermöglichen. Eine zielgruppenspezifische Ansprache ist deshalb wichtig, weil auf diese Weise Menschen aus ganz unterschiedlichen Kontexten erreicht und für eine sozial-ökologische Transformation gewonnen werden können. Die Unterschiede bei den Zielgrup-

pen können sich zum Beispiel aufgrund des Alters, der Religion oder Ethnie, des Geschlechts oder der Wertorientierungen ergeben.

Beispiel

*Ein Verein, der Integrations- und Bildungsarbeit leistet, möchte das Konzept des Umweltschutzes stärker in muslimische Communitys tragen. Zu diesem Zweck kooperiert er mit einem ökologischen Verband, der das fachliche Wissen in dem Bereich bereitstellt. Das Ziel der Kooperation ist darauf ausgerichtet, eine Handreichung in unterschiedlichen Sprachen zu konzipieren, die, anknüpfend an den Islam, den Umweltschutzgedanken aufgreift. Dafür werden in dem Projekt Frauen als Multiplikator*innen ausgebildet. Im Rahmen von Schulungen und Workshops haben sie Zeit, sich mit dem Thema Umweltschutz auseinanderzusetzen und*



finden sich außerdem zur Vernetzung regelmäßig in einem Thinktank zusammen. Durch das Projekt wird auch die interkulturelle Öffnung von Umweltorganisationen vorangetrieben.

Das Projekt nimmt Aspekte von drei verschiedenen SDG auf. Durch die zielgruppenspezifische Ansprache wird ein Beitrag zu dem SDG 4 „Hochwertige Bildung“ geleistet.

Außerdem werden im Rahmen der Ausbildung Maßnahmen gegen den Klimawandel besprochen und somit das

SDG 13 „Weltweit Klimaschutz umsetzen“ angegangen. Da sich das Angebot explizit an Frauen richtet, wird außerdem das SDG 5 „Geschlechtergleichheit“ bearbeitet.



Weltweit werden Frauen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge und in ihrem alltäglichen Leben diskriminiert. Auch ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen eine der weltweit am meisten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Das SDG 5 „Gleichstellung von Frauen und Männern“ setzt an diesem Punkt an und verfolgt das Ziel, die Situation von Frauen bis 2030 grundlegend zu verbessern und die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen zu stärken. In Deutschland soll dafür die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Pflege verbessert und der Anteil an Frauen in Führungspositionen erhöht werden. Auch soll die Gewalt gegen Mädchen und Frauen bekämpft werden. Weitere Unterziele des SDG 5 sind außerdem: die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung, die Beendigung aller Formen von und Prävention vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen; die Anerkennung, Wertschätzung und gerechte Verteilung von Pflege- und Hausarbeit; gleicher Zugang für Frauen und Männer zu wirtschaftlichen Ressourcen, Technologie und Finanzen.

<https://17ziele.de/ziele/5.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/rechtliche-gleichstellung-841120>

Geschlechtergerechte Sprache

In der deutschen Sprache wird häufig das generische Maskulinum verwendet. Das bedeutet, dass grundsätzlich ein maskulines Substantiv oder Pronomen gewählt wird. Es wird davon ausgegangen, dass sich alle Geschlechter in dieser Form wiederfinden. Allerdings wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Studien nachgewiesen, dass dann, wenn in der Sprache nur Männer benannt werden, auch nur an Männer gedacht wird. Daher haben sich im deutschen Sprachgebrauch verschiedene Formen einer geschlechtergerechten Sprache gebildet, auch wenn diese nicht unumstritten sind. Ein Beispiel unter vielen ist das sogenannte Gendersternchen (z. B. Freund*in), mit dem sprachlich die Vielfalt von Geschlechtsidentitäten aufgezeigt werden kann. Es gibt aber auch die Möglichkeit, geschlechtsneutrale Formen zu wählen (die Engagierten) oder Umschreibungen zu nutzen (Personen, die sich engagieren).

Nützliche Links und Anlaufstellen

Vom Umweltbundesamt wurde ein Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache am Umweltbundesamt erstellt, der die Thematik zusammenfasst:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/dokumente/leitfaden-fuer-geschlechtergerechte-sprache-umweltbundesamt_2021_bf.pdf

Beispiele für eine zielgruppenspezifische Ansprache in Bezug auf das Thema Kreislaufwirtschaft bietet die Broschüre „Von der Idee zum Konzept. Wie kann eine zielgruppenspezifische Kommunikation in der Kreislaufwirtschaft gelingen?“

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3717_34_333_0_abfallvermeidung_kommunikation_publication_bf.pdf

2.4 Gerechtigkeit stärken, Ungleichheit verringern

Von den Folgen des Klimawandels sind die Personen und Gruppen in der Gesellschaft in unterschiedlich starkem Maß betroffen, einige spüren die Auswirkungen stärker als andere. Weltweit betrachtet, betrifft dies verschiedene Länder unterschiedlich stark: Während im globalen Süden häufig schon seit mehreren Jahren mit Dürren oder Extremwetterereignissen, wie Stürmen oder Überschwemmungen, gekämpft wird, werden im globalen Norden erst langsam die Auswirkungen des Klimawandels deutlich und erfahrbar. Zum anderen wirken sich aber auch in Deutschland sowohl der Klimawandel als auch die Klimaschutzmaßnahmen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen in ihrem Alltag unterschiedlich aus. Einkommensschwache Haushalte leiden deutlich mehr unter steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen. Für sie sind Energiesparmaßnahmen daher nicht mehr bloß eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch eine unabdingbare finanzielle Frage. Energie-

sparen dient hier weniger der Ressourcenschonung, sondern vor allem der Existenzsicherung.

Beispiel

*Ein Wohlfahrtsverband unterstützt Privathaushalte bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen, um Heiz- und Warmwasserkosten zu sparen. Die Beratung erfolgt individuell durch zwei Personen, die zu Stromsparhelfer*innen ausgebildet wurden. Sie führen zunächst eine Bestandsaufnahme des Wasser- und Energieverbrauches eines Haushalts durch und erarbeiten anschließend ein Szenario, wieviel Kosten bei Verhaltensänderungen eingespart werden könnten. Bei einem zweiten Treffen werden kostenlose Soforthilfemaßnahmen, wie Energiesparlampen, Thermometer und Wassersparartikel, mitgebracht und angeboten.*

Mit dem Projekt können einkommensschwache Haushalte bei ihrem Bemühen unterstützt werden, im



Rahmen ihrer Möglichkeiten Energie einzusparen. So werden die primären Ziele des Wohlfahrtsverbands mit ökologischen Werten und Zielen vereinbart. Außerdem wird damit ein Beitrag zu dem SDG 7 „bezahlbare und saubere Energie“ geleistet

Nützliche Links und Anlaufstellen

Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz werden Energiespartipps und weiterführende Informationen zur Verfügung gestellt:

<https://www.energiewechsel.de/KAENEF/Navigation/DE/Home/home.html>



Ein Großteil der weltweit erzeugten Energie stammt derzeit aus fossilen Energieträgern. Das SDG 7 bezieht sich daher auf den Ausbau von sauberen und nachhaltigen Energiequellen und den Zugang zu bezahlbarer, verläSSLicher, umweltverträglicher und nachhaltiger Energie für alle. Dafür soll auch der Energiebedarf trotz wachsender Wirtschaftsleistung durch eine effiziente Energieverwendung gesenkt werden. In Deutschland bildet die Energiewende einen zentralen Bestandteil der Klimaschutzpolitik.

<https://17ziele.de/ziele/7.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/bezahlbare-und-saubere-energie-1581908>

Klimagerechtigkeit

Verschiedene Bevölkerungsgruppen weltweit sind in unterschiedlich starkem Umfang von den Folgen des Klimawandels betroffen. In dem Zusammenhang verfügen die größten Verursacher*innen der Klimakrise über die meisten Ressourcen, um sich vor den Folgen zu schützen, während diejenigen Gruppen, die wenig zum Klimawandel beitragen oder beigetragen haben, am meisten unter diesem leiden. Das Ziel der Klimagerechtigkeit ist daher eng verbunden mit der Verantwortung der Verursacher*innen der Klimakrise, die Erderwärmung aufzuhalten und die Folgen der Klimakrise abzumildern.

Auf der Seite des Umweltbundesamtes „Verbraucher-tipps für den Alltag“ finden sich Handlungsmöglichkeiten, um den eigenen Alltag möglichst umweltfreundlich zu gestalten.

<https://www.umweltbundesamt.de/umwelttipps-fuer-den-alltag>

Die Verbraucherzentrale bietet eine Beratung für Verbraucher*innen zur effizienten Energienutzung an. Auch für Vereine oder Initiativen, die Energie sparen möchten, kann die Beratung interessant sein.

<https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/beratung/>

2.5 Intermediäre Strukturen für den Aufbau neuer Kooperationen nutzen

Gesellschaftliche Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit müssen von allen relevanten Akteursgruppen getragen werden. Neben Staat und Zivilgesellschaft sind daher auch die wirtschaftlichen Akteure gefragt. Engagierte Unternehmen können dabei von gemeinwohlorientierten Initiativen lernen und sich an Best-Practice-Beispielen orientieren. Die Potenziale einer Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden aber häufig nicht ausgeschöpft und eine systematische Kooperation findet in der Regel nicht statt. Dies liegt auch darin begründet, dass in beiden Bereichen unterschiedliche Denk- und Organisationsweisen vorherrschen und Kooperationen daher konfliktanfällig sind. Intermediäre Strukturen oder Akteure wie multisektorale Netzwerke, Kammern, Kommunen und Landkreise, können zwischen beiden Seiten vermitteln und zwischen verschiedenen Interessen moderieren. Für beide Seiten können so neue Perspektiven für eine gemeinsame Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels eröffnet werden.

Beispiel

Mittlerorganisationen, wie das Unternehmensnetzwerk „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ) oder die „Offensive Mittelstand“, unterstützen Kooperationen zwischen Wirtschaft und gemeinnützigen Organisationen und geben praktische Anregungen für Zusammenarbeit und Engagementmöglichkeiten. Bisher sind Mittler-

organisationen jedoch häufig auf den sozialen Bereich beschränkt und das Thema Klimaschutz wird nicht behandelt. In einem Projekt werden daher ausgewählte Mittlerorganisationen im Bereich Klimaschutz qualifiziert und Projektideen und Angebote in dem Bereich entwickelt. Die Erfahrungen sollen als Anregungen für weitere Mittlerorganisationen genutzt werden. So wird das Thema Klimaschutz stärker in Betrieben verankert. Durch die Umsetzung von Beispielprojekten werden zudem praktische Erfahrungen gesammelt und in Form einer Handreichung weitergegeben.

Zum einen trägt das Projekt zu dem SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ bei. Durch die Kooperation zwischen wirtschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen wird zum anderen auch das SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ adressiert.

Nützliche Links und Anlaufstellen

Das UPJ ist ein Netzwerk von Unternehmen und gemeinnützigen Mittlerorganisationen. Ziel des Netzwerks ist es, solche Projekte zu fördern, die gesellschaftliche Probleme angehen. Dafür bauen sie Verbindungen zwischen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und der öffentlichen Verwaltung auf.

<https://www.upj.de/>



Zur Förderung intermediärer Strukturen und Akteure im ländlichen Raum bietet das Programm „Initiative ergreifen“ viele gute Ansatzpunkte. Das Büro „startklar“ ist für die Ausführung dieses Förderprogramms

zuständig und erfüllt die Aufgabe, „Investitionen in die Köpfe, also Lern- und Qualifizierungsprozesse vor Ort“ zu ermöglichen. Dabei agieren die Büromitarbeiter*innen auch als Vermittler*innen zwischen

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Das **SDG 8** beschreibt das Ziel, dass alle am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben und einen Beitrag dazu leisten können. Dafür sollen menschenwürdiges Arbeiten, Vollbeschäftigung und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gefördert werden. Außerdem bezieht sich das SDG auf einen starken Privatsektor und eine nachhaltige Finanzwirtschaft. In Deutschland sollen das Wirtschaftswachstum inklusiv gestaltet und so sichere Arbeitsplätze geschaffen sowie eine faire Verteilung von Wohlstand ermöglicht werden. Gleichzeitig muss mit den Ressourcen schonend umgegangen werden und

die Wirtschaftsleistung muss umweltverträglich ausgerichtet werden. Ein nachhaltiges Wachstum soll diese beiden Punkte miteinander verbinden.

<https://17ziele.de/ziele/8.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltig-wirtschaften-276606>

Intermediäre Akteure und Strukturen

Intermediäre Akteure und Strukturen vermitteln auch zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Akteure, wie der Politik und Verwaltung. So kann ermöglicht werden, dass sich die zivilgesellschaftlichen Initiativen auf die Umsetzung ihrer konkreten Anliegen fokussieren können und sich nicht detailliert mit rechtlichen oder kommunalpolitischen Regularien und Verfahren auseinandersetzen müssen. Die Intermediäre übernehmen Kommunikations- und Managementaufgaben und können so zwischen den Logiken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche vermitteln.

Förderprogramm und Bürgerschaft und nehmen dazu auch viele Vororttermine wahr.

<https://startklar-ab.de/>

Ein Best-Practice-Beispiel für die Vermittlung zwischen Initiativen, Verwaltung und Politik bildet die Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemein-

wohlorientierte Stadtentwicklung in Berlin Friedrichshain.

<https://gemeinwohl.berlin/>

2.6 Demokratische Mitbestimmung stärken

Zivilgesellschaftliche Initiativen bieten einen Rahmen, in dem sich Menschen begegnen können und miteinander in den Austausch kommen. In den Initiativen kann erprobt werden, was in einer demokratischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist: Unterschiedliche Auffassungen oder Einstellungen treffen aufeinander, werden ausgehandelt, Kompromisse werden geschlossen und Widerstände ausgehalten. Das Aufeinandertreffen von Menschen mit unterschiedlichen Geschichten und Hintergründen ist deshalb wichtig, um zu lernen, die Vielfalt der Lebensrealitäten in der Gesellschaft zu verstehen. Das Fundament dieses Austausches bilden ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander und eine deutliche Absage an menschenverachtende und exkludierende Narrative. Ein sozial-ökologischer Wandel schließt alle gesellschaftlichen Gruppen ein, und zwar unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung.

Beispiel

Als Reaktion auf die Planung eines rechtsextremen Festivals schlossen sich mehrere Initiativen eines Ortes zusammen, um eine Gegenaktion zu veranstalten und zu zeigen, dass die Kommune für Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz einsteht. In dem Bündnis

*hatten sich Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Politik sowie zahlreiche engagierte Bürger*innen zusammengefunden. Zu der Gegenaktion kamen deutlich mehr Menschen als zu dem geplanten Festival und so konnte ein klares Zeichen gesetzt werden, wofür die Bürgergesellschaft des Ortes sich einsetzt. Auch nach der Umsetzung der Gegenveranstaltung agiert das Bündnis weiterhin in dem Ort und organisiert Veranstaltungen, die Offenheit und Vielfalt fördern.*

Durch das Engagement für mehr Weltoffenheit und Toleranz in ihrem Ort förderten die Engagierten eine wehrhafte Demokratie. Auf diese Weise leisteten sie zum einen zu dem SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ und zu dem SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ einen wertvollen Beitrag.

Nützliche Links und Anlaufstellen

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung in Berlin stellt den Leitfaden „Vielfalt zum Ausdruck bringen“ zur Verfügung. In dem Leitfaden werden Begrifflichkeiten und ihr Kontext erläutert. Ursprünglich für die Berliner Verwaltung gedacht, kann der Leitfaden auch für Ehrenamtli-



Das **SDG 10** bezieht sich auf die steigende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Ungleichheit wird als Ursache für soziale Spannungen charakterisiert und damit auch als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dabei werden sowohl die Ungleichheit innerhalb der Staaten als auch die Ungleichheit zwischen den Staaten als kritischer Punkt betrachtet. Um die Ungleichheit zu bekämpfen, sollen herkunftsunabhängige Zugänge zu Bildung, Gesundheit und politischer Teilhabe ohne Diskriminierung ermöglicht und gewährleistet werden. Allen Menschen sollen eine politische, eine soziale und eine wirtschaftliche Teilhabe, und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem Status, ermöglicht werden.

<https://17ziele.de/ziele/8.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltig-wirtschaften-276606>

Awareness

Begegnungen von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten sind nicht machtfrei. Menschen werden bewusst oder unbewusst aufgrund bestimmter Merkmale bevorteilt oder benachteiligt. Das Konzept „Awareness“ greift an diesem Punkt an und will den achtsamen und respektvollen Umgang miteinander fördern. Es stellt sich gegen jede Form von Diskriminierung und Grenzverletzung. Der Ansatz von Awareness ist es, eine Reflexion der eigenen Position in der Gesellschaft zu ermöglichen und von Diskriminierung betroffene Personen in ihrem Bemühen zu unterstützen, geeignete Handlungsstrategien im Umgang mit Diskriminierungserfahrungen zu entwickeln.

che genutzt werden, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit der Vielfältigkeit der Bevölkerung Rechnung tragen möchten.

<https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/diversity-landesprogramm/diversity-und-sprache-bilder/>

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ machte vom Herbst 2020 bis zum Frühjahr 2021 in der Kampagne „Vorsicht, Vorurteile!“ auf vorhandene Voreinstellungen und Alltagsrassismus aufmerksam. Materialien zu der Kampagne, wie Videos oder Twitter-Posts, und Links zu Veranstaltungen:

<https://www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/kampagne-vorsicht-vorurteile-zu-ende-gegangen-46>

Im Newsletter des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) vom März 2018 wird das Engagement von, mit und für geflüchtete/n Menschen im ländlichen Raum thematisiert und Beispiele für gelungene Projekte vorgestellt.

<https://www.b-b-e.de/newsletter/bbe-newsletter/archiv/newsletter-nr-5-vom-832018/#schumacher-be-f%C3%BCr-gefl%C3%BChtete-menschen-im-l%C3%A4ndlichen-raum>

Zum Weiterlesen:

Wolfgang Schroeder, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller & Saara Inkinen (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland, Campus-Verlag.

2.7 Sozial-ökologische Netzwerke bilden

Zivilgesellschaftliche Initiativen verfolgen oft ähnliche Ziele, auch wenn sie sich in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen bewegen. Schon jede Initiative kann, für sich genommen, etwas bewirken und notwendige Veränderungen anstoßen. Wenn sich Initiativen zusammenschließen, können sie auf mehr Ressourcen zurückgreifen: Sie verfügen dann über mehr Personen und breiteres Wissen und ihnen eröffnen sich damit ganz andere Handlungsmöglichkeiten. So kann eine starke politische Schlagkraft entwickelt werden, um die Behandlung sozial-ökologischer Themen voranzubringen. Damit die unterschiedlichen Initiativen zusammenfinden, werden jedoch zunächst ein gemeinsames Ziel und

Selbstverständnis benötigt. Ein gestärktes, gut funktionierendes Netzwerk bildet sich häufig im ganz konkreten Tun und im Erleben von Selbstwirksamkeit. Durch gemeinsame, erfolgreiche Aktionen können auf diese Weise nach außen ein politisches Ziel verfolgt und gleichzeitig nach innen der Zusammenhalt gestärkt werden.

Beispiel

In einer kleinen Stadt hatte sich während der Kommunalwahlen ein Netzwerk aus verschiedenen lokalen Initiativen gebildet, das Aktionen zu den Wahlen durchführte. Das Netzwerk blieb auch nach den Wahlen bestehen und brachte weiterhin Themen in die



Kommunalpolitik ein. Mit Beginn der Coronapandemie wurde es schwieriger, die verschiedenen Gruppen und Personen zusammenzuhalten. Da die Engagierten in den eigenen Initiativen stark gefordert waren, blieb nur wenig Zeit für die Netzwerkarbeit. Durch eine externe Förderung konnte sich das Netzwerk eines neuen, größeren Projekts annehmen und begann, eine Fläche im Ort zu bewirtschaften und für Bildungsveranstaltungen bereitzustellen. Die gemeinsame praktische Arbeit und das Organisieren von Veranstaltungen bescherten dem Netzwerk nicht nur einen größeren inneren Zusammenhalt, sondern erzielten auch mehr Außenwirkung: Initiativen sprachen das Netzwerk an, das auf

diese Weise dynamisch weiterwuchs. Auch die lokale Politik begann, das Netzwerk als Ansprechpartner bei sozial-ökologischen Fragen wahrzunehmen.

Insbesondere auf lokaler Ebene können Initiativen durch einen Zusammenschluss und gemeinsame Aktionen viel erreichen. Durch die ökologische Nutzung der Fläche wird das SDG 15 „Leben am Land“ bearbeitet. Außerdem trägt das Netzwerk durch die gemeinsame Arbeit zu dem SDG 11 „nachhaltige Städte und Gemeinden“ bei.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



Das Ziel des **SDG 11** ist es, Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig, also insgesamt lebenswerter, zu gestalten. Dafür soll auch die Partizipation auf lokaler Ebene gestärkt werden. In den Städten, aber auch auf dem Land sollen außerdem eine nachhaltige Infrastruktur und Mobilität gewährleistet und gute Arbeit und ein gesundheitsförderndes Umfeld gesichert werden.

Das **SDG 11** umfasst unter anderem folgende Unterziele: Nachhaltige Nutzung der Flächen; sichere, bezahlbare und nachhaltige Mobilität in der Stadt und auf dem Land; Senken der Umweltbelastung durch Städte; gesicherte Grundversorgung und digitale Anbindung ländlicher Gemeinden; bezahlbarer Wohnraum für alle.

<https://17ziele.de/ziele/11.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltige-staedte-gemeinden-1006538>

Selbstwirksamkeit

Selbstwirksamkeit beschreibt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Erkenntnis, durch die eigenen Kompetenzen Einfluss auf das Umfeld ausüben zu können. Selbstwirksamkeitserfahrungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für ein aktives Einbringen in gesellschaftliche Prozesse und für die Übernahme von Verantwortung. Damit sind sie grundlegend für ein aktives und erfolgreiches Engagement.

Nützliche Links und Anlaufstellen:

Durch das seit 2015 bestehende Netzwerkprojekt „Engagierte Stadt“ werden gemeinnützige Organisationen aus Kommunen bis zu 250.000 Einwohner*innen oder aus Stadtteilen bei einer Vernetzung untereinander und mit Politik, Verwaltung oder Wirtschaft unterstützt.

<https://www.engagiertestadt.de/>

Der „Wegweiser Bürgergesellschaft“, ein Projekt der Stiftung „Mitarbeit“, vermittelt einen Überblick über Termine, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Förderpreise rund um das Thema Engagement.

<https://www.buergergesellschaft.de/>

Einmal im Jahr wird vom „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ der Deutsche Engagementpreis vergeben, der die Menschen würdigt, die sich freiwillig engagieren.

<https://www.deutscher-engagementpreis.de/>

2.8 Neue Kompetenzbereiche für einen sozial-ökologischen Wandel erschließen

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Organisationen werden im Freiwilligensurvey, in dem das freiwillige Engagement in Deutschland erhoben wird, in vierzehn unterschiedliche Bereiche unterteilt, beispielsweise in die Kategorien „Sport und Bewegung“, „Sozialer Bereich“, „Freizeit und Geselligkeit“ oder „Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz“². Im Engagement verwischen sich diese Trennlinien aber häufig. Aufgrund der notwendigen und geforderten sozial-ökologischen Transformationen werden ökologische Themen in vielen Engagementbereichen immer präsenter. Engagierte Menschen und ihre Organisationen können sich bei der Übernahme neuer Themenbereiche von Beratungsstellen unterstützen lassen. Aber auch Zivilgesellschaftliche Initiativen, die selbst das Know-how zu bestimmten Themen besitzen, können in beratender Funktion tätig sein und in den Austausch mit anderen treten. Durch Austausch und

Vernetzungen können die Initiativen voneinander lernen, vorhandenes fachliches Wissen miteinander teilen und so soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden.

Beispiel

Von einer Initiative werden unter anderem verschiedene Projekte zum Thema Umweltbildung durchgeführt. Bei Veranstaltungen der Initiative fehlen aber häufig Zugänge zu spezifischen Zielgruppen. Auch sind die Kapazitäten, um sich in neue Themen einzuarbeiten, knapp. Um den eigenen Kompetenzbereich zu erweitern, neue Zielgruppen zu erschließen und die Vernetzung von Initiativen und Organisationen aus unterschiedlichen Engagementbereichen zu fördern, veranstaltete die Initiative daher ein Vernetzungstreffen von lokalen sozialen und ökologischen Initiativen. Aus diesem Treffen resultierte eine Kooperation mit



² vgl. Simonson, Julia et al. (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Berlin: BMFSJ, S. 24.



Das **SDG 15** setzt sich für den Schutz des Lebens an Land ein. Um die existenten Lebensräume und Arten zu erhalten, sollen die Naturressourcen nachhaltig bewirtschaftet und geschützt werden. Das Ziel ist darauf ausgerichtet, gesunde Wälder, Moore, Böden, Flüsse, Seen und Berge zu erhalten, die als Lebensraum für Arten dienen und saubere Luft und sauberes Trinkwasser liefern. Intakte Ökosysteme können das Kohlendioxid verringern und Temperaturschwankungen ausgleichen. Deutschland möchte dafür ganz konkret die Artenvielfalt erhalten und die Lebensräume sowie Ökosysteme schützen.

Außerdem sollen die Entwaldung vermieden und der Erhalt und der Wiederaufbau von Wäldern gewährleistet werden.

<https://17ziele.de/ziele/15.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/leben-an-land-1642288>

*einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Gemeinsam mit den Bewohner*innen der Einrichtung wurden Aktionstage zum Thema Biodiversität auf der Streuobstwiese entwickelt und durchgeführt. Die Initiative konnte so im Kontakt mit der Einrichtung den eigenen Kompetenzbereich erweitern und ein zielgruppenspezifisches, neues Angebot entwickeln.*

Von der gegenseitigen Beratung und Unterstützung von Initiativen aus dem sozialen und ökologischen Bereich können beide Seiten profitieren: Neue Kompetenzbereiche werden erschlossen und es wird sich gegenseitig bei der Aneignung von Wissen unterstützt. Aus Netzwerktreffen mit verschiedenen Initiativen können Kooperationen entstehen. Mit der Vernetzung von sozialen und ökologischen Themen und dem Aktions-

angebot auf der Wiese trägt die Initiative – aus dem Beispiel – zum SDG 4 „Hochwertige Bildung“, SDG 10 „Weniger Ungleichheit“ und zum SDG 15 „Leben an Land“ bei.

Nützliche Links und Anlaufstellen

Die Stiftung „Anstiftung“ berät, finanziert und vernetzt Initiativen.

<https://anstiftung.de/>

Ein Best-Practice-Beispiel, wie sich Initiativen aus einem gleichen Bereich miteinander vernetzen und ihr Wissen untereinander teilen können, bildet das Netzwerk der Solidarischen Landwirtschaft.

<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite>

Die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) unterstützen Akteure aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung, die einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland leisten wollen.

<https://www.renn-netzwerk.de/>

Die Konferenz „Bits & Bäume“ bringt Akteure aus dem Bereich Digitalisierung und dem Bereich Nachhaltigkeit zusammen und ermöglicht ihnen, im gemeinsamen Austausch Synergien zu fördern.

<https://bits-und-baeume.org/>

„Offenes Wissen“

Die Idee der „Open Science“ ist es, wissenschaftliches Wissen, aber auch Daten und Informationen über wissenschaftliche Prozesse transparent und frei zugänglich zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise werden über Open Access Forschungsprozesse und -ergebnisse offen zugänglich gemacht. Auf diese Weise wird Forschung insgesamt transparenter. Auch können Ergebnisse von anderen Gruppen weiter genutzt werden, was die Überprüfbarkeit der Ergebnisse erhöht.

2.9 Starke Institutionen für die sozial-ökologische Transformation

Klimaschutz wird in allen gesellschaftlichen Bereichen immer präsenter und kann nur dann erfolgreich vorangetrieben werden, wenn sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche in ihren Bemühungen gegenseitig unterstützen. Ein Beispiel ist das seit 2015 gesetzlich vorgeschriebene Energieaudit. Alle Unternehmen, mit Ausnahme der kleineren und mittleren, sind dazu verpflichtet, durch ein Energieaudit ihren Energieverbrauch zu überprüfen. Durch den politischen An Schub werden die ökologischen Ziele auch in sozialen Einrichtungen präsenter. Davon sind auch größere Wohlfahrtsverbände betroffen. Sie können die Präsenz der ökologischen Themen nutzen und in das Konzept der sozialen Wohlfahrt einbinden: Denn eine Umwelt, welche die Gesundheit nicht beeinträchtigt, eine Generationengerechtigkeit und positive Umwelt- und Naturerlebnisse bilden wichtige Aspekte eines ‚guten Lebens‘.

Beispiel

*Ein bundesweit aktiver Wohlfahrtsverband unterhält unter anderem Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen. Das Thema Klimaschutz wurde nicht nur durch die gesetzlich verpflichtenden Energieaudits in den Verband gebracht. Auch aus Eigeninitiative heraus hatte sich der Verband bereits auf Bundeskonferenzen zu dem 1,5-Grad-Ziel der Klimaschutzkonferenz von Paris bekannt. Der Wohlfahrtsverband nahm daraufhin den CO₂-Fußabdruck der eigenen Einrichtungen unter die Lupe und schuf eine Referent*innenstelle für den Klimaschutz. Diese unterstützte die Einrichtungen durch ein Umweltmanagement bei den Energieaudits und der Umsetzung der Einsparmöglichkeiten. Auch wenn häufig die notwendigen personellen und finanziellen Mittel fehlen, um die Standards umzusetzen, ist im Verband viel Offenheit und Engagement für diese Themen vorhanden.*



Nachhaltige Zertifizierungen

Vom TÜV Rheinland und dem Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung (ZNU) wurde ein Zertifikat für nachhaltiges Wirtschaften entwickelt. Durch das Zertifikat können Nachhaltigkeitsanforderungen an Unternehmen messbar und überprüfbar gemacht werden. Dabei werden Themen aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Soziales beachtet. Auch Vereine können sich an diesem Standard orientieren. Ein Beispiel ist der FC Internationale Berlin, der 2020 als erster Amateurverein vom TÜV Rheinland für seine Nachhaltigkeitsaktivitäten zertifiziert wurde.

<https://www.inter-berlin.de/seite/521939/nachhaltigkeit.html>

*Engagierte Bürger*innen verbreiten ökologische Themen und treiben sie voran. Durch die originären Tätigkeiten des Wohlfahrtverbands werden Themen des SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ beachtet. Durch Einbeziehung von ökologischen Themen wird zusätzlich das SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ gefördert.*

Nützliche Links und Anlaufstellen

Die Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) stellt auf der Seite „Wir arbeiten dran“ konkrete Praxisbeispiele zur Verfügung, die aufzeigen, wie Nachhaltigkeit und die SDG im Haupt- und Ehrenamt bei der AWO einbezogen werden.

<https://wirarbeitendran.awo.org/projekte>

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN



Um eine nachhaltige Entwicklung fördern zu können, sind Frieden, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und ein gutes Regieren ohne Korruption unerlässlich. Starke Institutionen sind dafür von grundlegender Relevanz, denn sie bilden ein sicheres Umfeld für nachhaltige Entwicklungen. Das **SDG 16** hat daher sich zum Ziel gesetzt, Korruption im öffentlichen Sektor zu bekämpfen, da Korruption private Interessen vor die Interessen der Allgemeinheit stellt. Weitere Ziele sind: Schaffung von friedlichen und inklusiven Gesellschaften; Bekämpfung aller Formen der organisierten Kriminalität; Aufbau von

leistungsfähigen, transparenten und rechenschaftspflichtigen Institutionen; Rechtsstaatlichkeit, Gewährung von Zugang zu Justiz für alle Menschen; Verringern von illegalen Finanz- und Waffenströmen.

<https://17ziele.de/ziele/16.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/institutionen-foerdern-199866>



3 Handlungsempfehlungen für den weiteren Aufbau von Kooperationen zur Umsetzung der SDG

In dem ersten Teil der Broschüre wurde herausgearbeitet und verdeutlicht, wie die unterschiedlichen Formen des Engagements einen wertvollen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten. Hierbei wurde deutlich, wie vielfältig, kreativ und innovativ die bürgerschaftlichen Initiativen auf gesellschaftliche Probleme reagieren und sozial-ökologische Lösungswege finden. Durch das Erproben neuer Formen des Zusammenlebens und Arbeitens stellen sie in der Gesellschaft etablierte Lebens- und Arbeitsmodelle infrage und können gerade im Hinblick auf die Unsicherheit der zukünftigen Entwicklungen neue nachhaltige Handlungsmöglichkeiten präsentieren.

Um diesen Prozess voranzutreiben und zu fördern, sind verschiedene Akteure gefragt: Die öffentliche Hand kann durch geeignete Förderung und Unterstützung das sozial-ökologische bürgerschaftliche Engagement ermöglichen. In dem Zusammenhang gilt es, geeignete Förderinstrumente zu finden, die Initiativen in ihrer Kreativität nicht einschränken und ihnen

die Möglichkeit geben, auf ihr Umfeld zu reagieren. Außerdem kann sich die staatliche Seite für einen gemeinsamen Lernprozess mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen öffnen. Zivilgesellschaftliche Akteure können so im Sinne ko-kreativer Politikansätze beteiligt werden. Durch integrierende Prozesse und Strukturen können neue Räume der gemeinsamen Verständigung und Entwicklung gesellschaftlicher Lösungsstrategien geöffnet werden.

Neben staatlichen Akteuren kann auch die Wissenschaft zivilgesellschaftliche Initiativen bei der Ausgestaltung von sozial-ökologischem Engagement unterstützen. In der transdisziplinären Forschung arbeiten Wissenschaftler*innen eng mit den Engagierten zusammen. Wissenschaftliches und praktisches Wissen werden hier miteinander kombiniert, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und neue Perspektiven auf die sozial-ökologische Transformation entwickeln zu können. Ein Beispiel für transdisziplinäre Forschung sind Reallabore. In diesen wird offen mit Lösungsmöglichkeiten experimentiert und

soziale und institutionelle Innovationen werden ausprobiert. Die drei Modellprojekte in dem hier zugrunde liegenden Forschungsvorhaben können als solche Reallabore verstanden werden, in denen Kooperationsbeziehungen im Sinne der SDG praktisch gestaltet wurden und durch die wissenschaftliche Begleitung die Erfolge, Herausforderungen und Rahmenbedingungen ausgewertet werden konnten.

Der folgende, zweite Teil der Broschüre richtet sich daher an drei Akteursgruppen: an Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, an Vereine und Verbände, an Wissenschaft und Staat. Für jede dieser Gruppen werden Handlungsempfehlungen formuliert, wie sie das Engagement bei der Ausgestaltung von Kooperationen im Sinne der SDG unterstützen können. Die Empfehlungen bauen dabei zum einen

auf den Ergebnissen des Projekts „Die Umsetzung der Sustainable Development Goals als Chance und Herausforderung für das Bürgerschaftliche Engagement – Lernprozesse in Organisationen durch Kooperationen zwischen Organisationen verschiedener Engagementbereiche“ auf. Zum anderen werden die Ergebnisse aus zwei vorhergehenden Forschungsprojekten zum Thema bürgerschaftliches Engagement³ miteinbezogen. Mit den Handlungsansätzen werden Empfehlungen formuliert, die nicht grundsätzlich neu sind und schon länger in den Debatten um die Unterstützung von Engagement diskutiert werden. Sie dienen als Anregungen, wie das bürgerschaftliche Engagement beim Aufbau von Kooperationen und der Umsetzung der SDG unterstützt werden kann und was zivilgesellschaftliche Initiativen dabei beachten sollten.

Was macht gute Kooperationen aus?

Aktuelle Forschungsergebnisse legen nahe, dass ein gemeinsames Handeln verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure große Potenziale für sozial-ökologische Transformationsprozesse in sich birgt. Kooperationen können wichtige Zukunftsstrategien darstellen, um notwendige Neuorientierungsprozesse in den Organisationen anzustoßen und gleichzeitig ein tiefgehendes Verständnis für die Logiken, Handlungsmöglichkeiten, aber auch für die Zwänge der Partner*innen zu entwickeln. Dabei gibt es verschiedene Faktoren, deren Beachtung für eine erfolgreiche Kooperation unerlässlich ist:

Offenheit: Bei der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Personen aus dem ökologischen und sozialen Bereich treffen teilweise konträre Grundpositionen aufeinander. Offenheit für und Interesse an der jeweils anderen Position sind daher von grundlegender Bedeutung.

Konfliktfähigkeit: In der Anfangsphase der Kooperation können aufgrund unterschiedlicher Ansichten Konflikte auftreten. Konflikte können

aber auch produktiv dazu genutzt werden, um gemeinsam Ziele zu erarbeiten und festzulegen und Verständnis für die andere Position zu entwickeln.

Vertrauen: Kooperationen sollten auf Vertrauen gründen, damit jede*r Kooperationspartner*in die eigenen Fähigkeiten einbringen und eigenständig handeln kann. Dabei braucht es gerade in der Anfangsphase der Kooperation zumeist einen Vertrauensvorschuss, denn Vertrauen muss sich in der Kooperation erst beweisen.

Gemeinsame Grundlagen: Bei neuen Kooperationen kann es helfen, sich auf Strukturähnlichkeiten zwischen den Organisationen, wie eine gemeinsame Organisationskultur oder gemeinsame Ziele oder Ideale, zu beziehen. Während unterschiedliche Handlungslogiken oder Strukturen das gemeinsame Handeln erschweren, können Strukturähnlichkeiten umgekehrt die Zusammenarbeit erleichtern.

³ Rückert-John, J.; Peuker, B.; Egermann, M.; Betsch, A.; Polania Giese, J.; Kohl, K.; Renner, A. (2021): Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung. Dessau: Umweltbundesamt; Peuker, B.; Rückert-John, J.; Yang, M.; Baringhorst, S.; Schipperges, M. (2020): Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements für ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft. Dessau: Umweltbundesamt.

Zum Weiterlesen

Rückert-John, J.; Peuker, B.; Egermann, M.; Betsch, A.; Renner, A.; Kohl, K.; Polania Giese, J. Ch. (2021): Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen, Umweltbundesamt. Abrufbar unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/handlungsansaetze-fuer-die-foerderung>

Sharp, H.; Petschow, U.; Arlt, H.-J.; Jacob, K.; Kalt, G.; Schipperges, M. (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen, Umweltbundesamt. Abrufbar unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation>

3.1 Handlungsempfehlungen für Engagierte

Vorteile von Kooperationen hervorheben

Kooperationen bieten für zivilgesellschaftliche Initiativen viele Vorteile, denn jede Initiative bringt unterschiedliche Kompetenzen und Ressourcen ein. Für Projektanträge ist dies oft von Vorteil. Aber auch das Verwalten von Gegenständen, Flächen oder Treffpunkten für Engagierte kann gemeinsam leichter zu tragen sein. Beispielsweise können die Nebenkosten von Räumen geteilt oder die Pflege einer Fläche gemeinsam übernommen werden. Auch verfügen Initiativen dann, wenn sie sich zusammenschließen, über eine größere Schlagkraft und können eine größere Zielgruppe oder verschiedene Zielgruppen erreichen. Für Kooperationen ist es wichtig, sich diese Vorteile bewusst zu machen. Anfänglich können Kooperationen vielleicht aufgrund von Einarbeitungs- und Ab-

stimmungsprozessen einen Mehraufwand bedeuten, aber auf lange Sicht überwiegen meist die positiven Effekte der Zusammenarbeit.

Netzwerke und Kooperationen entstehen im gemeinsamen Handeln

Durch die konkrete Projektarbeit und gemeinsam erlebte Veranstaltungen und Aktionen verstärkt sich das Gemeinschaftsgefühl. Wenn Erfolge erzielt werden, eine Veranstaltung ein besonders positives Feedback erhält oder die Reichweite eines Projekts zunimmt, entsteht das Gefühl von Selbstwirksamkeit. Bestehende Kooperationen werden durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit gestärkt. Aber auch Herausforderungen im Projekt können produktiv genutzt werden: In den Modellprojekten wurde zum



Beispiel deutlich, dass die meisten Kooperationen dann entstanden, wenn eine Initiative allein nicht vorankam und eine andere Initiative unterstützen konnte. Die Unterstützung konnte unterschiedlicher Art sein: Freiwillige halfen bei Events, Gegenstände wurden verliehen oder geteilt, Räume von einer Initiative für eine andere zur Verfügung gestellt oder Wissen untereinander ausgetauscht. Das gemeinsame Handeln und Tun waren für den erfolgreichen Auf- und Ausbau der Kooperationen von grundlegender Bedeutung.

Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten festlegen

Zu Beginn einer Kooperation sollten sich die Initiativen genügend Zeit nehmen, gemeinsam die Arbeitsweise zu besprechen. Eine gemeinsame Verständigungsgrundlage kann dann hilfreich sein, wenn es später im Projektverlauf zu unterschiedlichen Ansichten kommt. Auch juristische Fragen sollten geklärt und rechtliche und steuerrechtliche Aspekte berücksichtigt werden, und zwar insbesondere dann, wenn Kooperationen mit gewerblichen Unternehmen eingegangen werden. Die Arbeitsbereiche und Verantwortlichkeiten können schriftlich festgehalten und von allen Seiten bestätigt werden. Während des Projekts kann das Dokument dann entsprechend angepasst werden. Eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten ermöglicht auch eine gleichberechtigte Kooperation. In den Modellprojekten konnte beobachtet werden, dass sich Aufgaben und Verantwortung oft bei einzelnen Personen bündelten, diese dann aber auch über mehr Entscheidungsbefugnis verfügten. Um diesem Zustand vorzubeugen, sind die Erwartungen offen zu kommunizieren und klare Absprachen hilfreich.

Phasen für Reflexionen einräumen

Nicht nur für die Festlegung der Arbeitsform sollte genügend Zeit eingeplant werden, sondern auch das Festlegen gemeinsamer Ziele und des Konzepts zu Beginn der Projektphase sowie regelmäßige Treffen, in denen über den Projektfortschritt und die Kooperation reflektiert wird, sind für eine gute Zusammenarbeit wichtig und können dazu beitragen, dass Probleme früh- und rechtzeitig erkannt werden. In den Treffen können ebenfalls die Ziele überdacht und angepasst und neue Visionen für die Kooperation entwickelt werden. Da diese Treffen, anders als organisatorische Arbeitssitzungen, auf einen vertrauensvollen

Austausch fokussieren, sollten diese, wenn möglich, in Präsenz stattfinden. Ebenfalls sollte darauf geachtet werden, dass alle Beteiligten die Möglichkeit haben, an den Treffen teilzunehmen. Deshalb sollten solche Treffen nicht in die Ferien- und Sommerzeiten gelegt werden. Manchmal ist es auch zielführend, sich für Reflexionstreffen eine externe Begleitung oder Moderation zu suchen.

Wissen und Erfahrungen sammeln und weitergeben

Meistens muss „das Rad nicht neu erfunden werden“, denn Projekte wurden häufig bereits in ähnlicher Weise durchgeführt oder Lösungsansätze für im Engagement aufkommende Herausforderungen existieren bereits. Es lohnt sich daher, bei Fragen oder Herausforderungen mit anderen Projekten oder Initiativen in den Austausch zu treten und sie um Unterstützung zu bitten. In den Modellprojekten wurde deutlich, dass dadurch manchmal sogar ganz neue, unerwartete Kooperationen entstanden. Auch wurde von den Engagierten angemerkt, dass der Austausch mit ähnlichen Projekten inspirierend war und dieser zum Weitermachen im Projekt motivierte. Auch kann es hilfreich sein, das eigene Projekt vorzustellen und ein Feedback von anderen Engagierten zu bekommen und zu sehen, wenn das eigene Engagement von Personen positiv aufgenommen wird.

Treffen für alle ermöglichen

Während der Coronapandemie haben sich viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den virtuellen Raum verlagert. Auch im Engagement haben viele Treffen online stattgefunden. Online-Treffen bieten Vorteile: Die Teilnahme an virtuellen Treffen ist ortsunabhängig. Auch für Personen, die nicht mobil sind und für die Präsenztreffen nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden sind, stellen Online-Treffen eine gute Alternative dar. Viele Engagierte haben aber auch während der Pandemie erfahren, dass der direkte, unmittelbare und persönliche Austausch in Präsenz-Treffen nicht ersetzt werden kann. Vor allem dann, wenn Kooperationen eingegangen werden, sollten deshalb Kennenlernetreffen in Präsenz stattfinden. Auch bei Strategie- oder Reflexionstreffen sind Treffen vor Ort unerlässlich.



3.2 Handlungsempfehlungen für Wissenschaftler*innen

Unterstützende Begleitung ermöglichen

Eine externe, wissenschaftliche Begleitung kann eine wichtige Unterstützung für zivilgesellschaftliche Projekte leisten. Die externe Instanz kann helfen, an ursprüngliche Ziele zu erinnern, bei Problemen zu vermitteln und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei sollte die Begleitung von den Projekten aber nicht als Kontrolle verstanden werden. Daher ist es wichtig, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Wissenschaftler*innen und Personen aus der Zivilgesellschaft aufzubauen, in dem sich beide Seiten offen äußern können. Kommunikation und Zusammenarbeit sollten respektvoll und gleichberechtigt sein.

Kooperationsvereinbarungen eingehen

In Kooperationsvereinbarungen können die wichtigsten Punkte eines transdisziplinären gemeinsamen Forschungsprojekts festgelegt werden, zum Beispiel die Rahmenbedingungen, die Erwartungen der unterschiedlichen Personen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft und die Grenzen dessen, was das Projekt leisten kann. Für beide Seiten können so die Anforderungen im Vorhinein deutlich gemacht werden. Gleichzeitig sollte die Vereinbarung nicht zu starr

sein und noch genügend Spielraum bieten, damit sich Projekte frei entwickeln können.

Gemeinsames Verständnis festlegen

In transdisziplinären Forschungsprojekten verfolgen die unterschiedlichen Partner*innen manchmal verschiedene Ziele: Die bürgerschaftlichen Initiativen möchten insbesondere ihr Engagement voranbringen, während wissenschaftliche Partner*innen ein Interesse am Erkenntnisgewinn haben. Daher sollten zu Beginn die unterschiedlichen Herangehensweisen besprochen und die unterschiedlichen Handlungslogiken, Rollen- und Aufgabenverständnisse sowie Arbeitsstrukturen reflektiert werden. Dabei ist es wichtig, dass alle Personen die Bereitschaft zur (Selbst-)Reflexion mitbringen.

Logiken des Engagements beachten

Aufgrund der unterschiedlichen Handlungslogiken der Akteure sind die Herangehensweisen unterschiedlich. Bei transdisziplinären Projekten muss dies beachtet werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen flexibel auf ihr Umfeld reagieren und können daher professionelle Projektstrukturpläne und Meilensteine nur bedingt befolgen. Diese

können als Orientierung für den Projektverlauf gesehen werden, es muss jedoch auch möglich sein, sie im Projektverlauf anzupassen.

Vor Ort sein

Um ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Beteiligten transdisziplinärer Forschungsprojekte herzustellen, sollte es immer wieder Treffen vor Ort

geben. In diesen können sich die Partner*innen besprechen und ein Vertrauensverhältnis zueinander aufbauen. Organisatorische Treffen können auch online durchgeführt werden, für eine gute Atmosphäre bei Planungs- und Reflexionstreffen ist jedoch der persönliche Kontakt unumgänglich.

3.3 Handlungsempfehlungen für politische und staatliche Akteure

Intermediäre Strukturen fördern

Im bürgerschaftlichen Engagement verfolgen die Initiativen meist ganz konkrete Anliegen und Projekte. Diese erfordern einen hohen Arbeits- und Planungsaufwand und die Initiativen sind daher häufig von der Umsetzung der Projekte ganz in Anspruch genommen. Der größere politische Rahmen – hier die SDG der Vereinten Nationen – gerät dabei häufig aus dem Fokus. Das bedeutet aber nicht, dass die SDG im Engagement nicht bearbeitet oder verfolgt würden. Häufig wird ein oder werden mehrere SDG im Enga-

gement bei der Umsetzung von konkreten Projekten bearbeitet, auch wenn diese Bearbeitung von den Engagierten nicht explizit formuliert wird. Intermediäre Akteure oder Strukturen – wie Netzwerke, lokale Bündnisse, Freiwilligenagenturen oder andere – können an diesem Punkt ansetzen und zwischen den politischen Anliegen und dem Engagement der Initiativen vermitteln, denn sie kennen sowohl den politischen Kontext als auch das konkrete Engagement vor Ort. So können sie den Austausch zwischen Politik und bürgerschaftlichem Engagement unterstützen.



Adressierung der SDG übersichtlich halten

Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind sehr unterschiedlich und decken ein breites Spektrum verschiedener gesellschaftlicher Bereiche ab. Die Ziele für das bürgerschaftliche Engagement im konkreten lokalen Kontext zu operationalisieren, stellt eine große Herausforderung dar. Eine Befassung mit allen 17 SDG ist für Engagierte nicht oder nur im Rahmen großer Organisationen umsetzbar. Deshalb sollte bei Ausschreibungen, in denen auf die SDG Bezug genommen wird, auf ausgewählte SDG verwiesen werden. Die Engagierten können sich so zielgerichtet mit den jeweiligen SDG befassen und ein gemeinsames Verständnis für diese aufbauen.

Bereits bestehende Projekte fördern und unterstützen

Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in der Aufbau- oder der Konsolidierungsphase befinden, sind meist mit administrativen Herausforderungen konfrontiert und beschäftigt: Das Einwerben von Finanzmitteln, die Gründung eines Vereins oder der Aufbau organisationaler Strukturen stehen neben den inhaltlichen Zielen der Initiativen im Fokus der Engagierten. Bereits etablierte Projekte haben mit anderen Problemen zu tun. Für sie stellt häufig die Anschlussfinanzierung nach Ablauf einer ersten Förderung eine große Herausforderung dar, da häufig nur neue Projektideen und keine bereits bestehenden Projekte gefördert werden. Gerade in der Aufbauphase von Projekten ist es jedoch schwierig, das Konzept der SDG einzubringen, weil Projekte hier stark auf die Administration fokussiert sind. Projekte, die schon etabliert sind, verfügen über mehr Freiräume, sich damit auseinanderzusetzen. Hier sollte angesetzt werden, Fördermöglichkeiten für bereits bestehende Projekte zu entwickeln, die ihr Projekt explizit in den politischen Rahmen der SDG einbetten möchten. Außerdem ist für viele Initiativen aufgrund der projektbezogenen Förderung eine Planung auf lange Sicht schwierig. Auch hier sollte angesetzt werden: Die Förderung sollte unbürokratischer werden und langfristiger gedacht sein. Um eine Verstetigung von Projekten zu ermöglichen, sollte außerdem der Prozess der Beantragung von Fördergeldern erleichtert werden.

Reflexionsräume für Engagierte einplanen

Um sich mit politischen Konzepten, wie den SDG, auseinanderzusetzen zu können, oder auch, um erfolg-

reiche Kooperationen mit neuen Partner*innen aufzubauen, brauchen Initiativen Denk- und Freiräume. Kooperationsbeziehungen benötigen manchmal zudem eine externe Moderation oder Beratung. Ein weiterer Punkt ist die Phase der Konzeptentwicklung, für welche die Engagierten und Kooperationspartner*innen genügend Zeit benötigen. Auch solche Faktoren sollten bei der Förderung berücksichtigt werden.

Vernetzung fördern

Im Forschungsvorhaben wurde die Vernetzung der drei zivilgesellschaftlichen Organisationen der Modellprojekte als motivierend und hilfreich wahrgenommen. Auch die Vernetzung mit anderen Organisationen war für das Vorankommen der Modellprojekte förderlich. Es existieren in Deutschland bereits mehrere Anlaufstellen, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen fachlich von anderen Initiativen beraten werden können. Dies erfolgt jedoch häufig unentgeltlich und die Nachfrage übersteigt in vielen Fällen das Angebot. Die Beratungsstrukturen sind daher überlastet. Auch finden Vernetzungen oft unentgeltlich statt oder es fehlt an entsprechender Infrastruktur. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, um das zivilgesellschaftliche Engagement politisch zu unterstützen, zum Beispiel können Räumlichkeiten für Vernetzungstreffen bereitgestellt werden, Vernetzungstreffen unterstützt oder die Pflege von virtuellen Vernetzungsplattformen oder Wissensspeichern gefördert werden.

Flexibilität im Engagement beachten

Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen häufig spontan auf gesellschaftliche Ereignisse reagieren. Eine flexible zeitliche Planung ist daher für Projekte zivilgesellschaftlicher Initiativen wichtig, damit die Engagierten auf ihr Umfeld reagieren können. Hier können flexible Einsatzmöglichkeiten von Fördermitteln das Engagement nachhaltig unterstützen. In den Modellprojekten wurde deutlich, dass die Projekte für ganz unterschiedliche Bedarfe finanzielle Unterstützung benötigen. Je nach thematischer Ausrichtung und Organisationsform brauchen Initiativen Mittel für Veranstaltungen, Infrastruktur oder Personal. Auf diese unterschiedlichen Bedarfe sollte mit geeigneten finanziellen Unterstützungsangeboten reagiert und Flexibilität während des Umsetzungsprozesses ermöglicht werden.



Neue juristische Formen für das Engagement ermöglichen

Die Gründung eines Vereins erfordert die Erfüllung zahlreicher formaler Anforderungen, wie zum Beispiel der Mindestanzahl der Mitglieder oder des Abschlusses von Versicherungen. Auch verursacht eine Neugründung administrativen Aufwand, Kosten und Verantwortung und der Prozess ist langwierig. Viele Gruppen oder Netzwerke brauchen aber schnelle und unkomplizierte Lösungen, um eine gemeinnützige Rechtsform zu erhalten. Diesem Bedarf sollte auf juristischer Ebene begegnet werden und das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden. Lösungsmöglichkeiten sind bereits angedacht. Das Ermöglichen eines „Verein light“ würde beispielsweise den Aufwand bei der Annahme einer gemeinnützigen Rechtsform verringern. Ein „Verein light“ umfasst weniger Mitglieder und einen schlankeren Vorstand, einen geringeren Finanzrahmen und die Möglichkeit, den Verein leichter wieder aufzulösen.

Engagementförderung grundsätzlich neu denken

Die Anerkennung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements darf nicht auf Geld reduziert

werden. Denn hiermit sind verschiedene Probleme verbunden: Das Engagement läuft Gefahr, durch den Professionalisierungsdruck zur Erwerbsarbeit zu werden. Zudem trägt die Förderlogik dazu bei, dass das Engagement zu stark auf einheitliche Förderziele ausgerichtet wird, anstatt die Vielfalt des Engagements zu fördern. Außerdem birgt eine rein monetäre Förderung die Gefahr, dass eher Projekte gefördert werden, die konkrete Problemlösungen versprechen als Projekte, die zunächst Orte, Räume und Zeit für Problemverständnis und kritische Auseinandersetzung mit der gegebenen Situation und den vielfältigen Interessenslagen schaffen möchten. Dies ist aber erforderlich, um dem spezifischen Potenzial, aber auch den Grenzen des Engagements bei der Mitgestaltung an Gesellschaft gerecht zu werden. Es geht um die Frage, wie das Transformationswissen der Zivilgesellschaft einbezogen werden kann, um den sozial-ökologischen Wandel zu gestalten und gemeinsam einen gesamtgesellschaftlichen Kulturwandel anzustoßen. Insofern ist es an der Zeit, die Logiken, die der Engagementförderung zugrunde liegen, zu hinterfragen und – z.B. im Rahmen von Reallaboren und Transdisziplinarität – mit Möglichkeiten zu experimentieren, die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements neu zu denken.⁴

⁴ Zum Weiterlesen: Rückert-John, J.; Schack, K.; Arenhövel, D. (2022): Ein neues Rollenverständnis tut not. Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik verstehen. In: politische ökologie 04/2022. S. 91-98.



► **Unsere Broschüren als Download**
Kurmlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/